



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

S.: Die polnische Frage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die polnische Frage.

Bei der Unklarheit, welche über das Verhältniß der österreichischen und preussischen Provinzen des ehemals polnischen Reichs von vornherein herrschte, ließ es sich erwarten, daß die Verwickelungen durch einen einfachen Entschluß nicht zu lösen seien, daß vielmehr jeder Versuch, den sich kreuzenden Tendenzen eine bestimmte Richtung zu geben, so wohlgemeint er auch sein mochte, für den Augenblick wenigstens die Verwirrung nur noch steigern mußte. Diese Einsicht konnte aber die Regierungen keineswegs bestimmen, unthätig dem Laufe der Dinge zuzusehen. Nur möchte ich die wahre Thätigkeit einer Behörde in einer solchen Krisis mit der Wirksamkeit eines einsichtsvollen Arztes vergleichen. Nach dem alten Styl bemühte sich die Medicin, die Natur zu bekämpfen, der Krankheit entgegenzuwirken; die weitere Ausbildung dieser Wissenschaft hat zu der Ueberzeugung geführt, daß man vielmehr der Natur zu Hilfe kommen müsse, daß die einzige Aufgabe des Arztes die sei, dem natürlichen Verlauf freien Spielraum zu lassen und alle störenden Einflüsse zu beseitigen, die Natur gleichsam zu zwingen, ihre Kraft mit Ordnung geltend zu machen.

Sizige Politiker sind stets für eine Radicalkur, weil diese am einfachsten aussieht; aber diese Einfachheit ist nur scheinbar; die Geschicklichkeit des Chirurgen kann sich wohl bei einer Amputation bethätigen, aber der gesunde Menschenverstand wird zögern, ein Glied zu opfern, so lange man es retten kann.

Die Krankheit lag in diesem Falle eben so in den wirklichen Verhältnissen, als in der Aufregung der Gemüther. Die erste Pflicht der Regierung war es, durch Aufklärung der ersteren die letztere zu beschwichtigen oder wenigstens zu regeln. Betrachten wir, was sie bis dahin in diesem Sinne gethan hat.

Was wollen die Polen? — Die Wiederherstellung des alten polnischen Reichs in den Grenzen von 1772, so haben sich nicht nur polnische Fanatiker geäußert, sondern auch deutsche Legitimitätsschwärmer, in dem Wahne, geschehene Dinge könnten ungeschehen gemacht, durch ein neues Unrecht könnte ein altes gesühnt werden. Diese Anmaßungen klangen gefährlicher, als sie es eigentlich waren; bei der unbeschränkten Herrschaft des deutschen Sinnes in Westpreußen konnte man dem Versuche, diese Provinzen für die polnische Sache zu revolutioniren, ruhig

zusehen, man konnte sie nöthigenfalls mit einer ganz gelinden Anwendung von Gewalt hintertreiben. Viel wichtiger war die Frage, was die Polen zunächst vorhätten?

Auch hier schien die Antwort einfach. Die österreichische und preussische Regierung sollten ihre Provinzen freigeben, alsdann würde man sich aus Frankreich Waffen und Geld verschaffen und den weißen Adler gegen Rußland führen, um mit Hilfe einer Insurrection in Russisch-Polen, vielleicht auch eines Abfalls von Seiten eines großen Theils der dort stationirten Truppen, die Wiederherstellung Polens anzubahnen.

Daß die Regierungen wirklich geneigt waren, die Polen loszuwerden, daß sie in dieser Ansicht vollkommen mit ihren Völkern übereinstimmten, kann man bei einer ruhigen Ueberlegung nicht bezweifeln. Ihr Interesse ging hier mit ihrem Rechtsgefühl Hand in Hand. Die Schwierigkeit lag nur darin, auf welche Weise diese Freigebung zu bewerkstelligen sei.

Sie ließ sich in zweierlei Formen denken. Entweder konnte die Regierung ihre Truppen und Beamte ohne weiteres hinausziehen und dann den Polen sagen, nun seht selber zu, wie ihr euch weiter forthelft. Oder sie mußte den Versuch machen, vor der Freilassung von Staatswegen eine Reorganisation der Provinz zu bewerkstelligen, um es ihr möglich zu machen, nicht bloß dem Namen nach auf eigenen Füßen zu stehen.

Der erste Weg wäre vielleicht nur in Krakau möglich gewesen. Hier war die österreichische Herrschaft noch nicht alt geworden, die Stadt konnte mit Leichtigkeit zu ihrer republikanischen Verfassung zurückkehren. Man sollte sich wundern, warum die österreichische Regierung diesen einfachen Weg nicht wirklich und augenblicklich eingeschlagen, wenn nicht zwei Bedenken ihm entgegenständen.

Einmal würde die Freigebung Krakaus ohne Galizien bei dem argwöhnischen Charakter der Polen diesen das Mißtrauen eingeflößt haben, man gehe auf eine vierte Theilung Polens aus, man wolle Galizien behalten. Sodann mußte man fürchten, die neue Republik augenblicklich in einen Krieg mit Rußland verwickelt und in Folge dessen in kürzester Frist in den Händen Rußlands zu sehen.

Gegen die unmittelbare Freilassung Galiziens sprach aber das menschliche Gefühl. Wenn man an die Scenen von 1846 denkt, so wird man leicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein plötzliches Herausziehen der österreichischen Truppen aus Galizien eben so viel gewesen wäre, als eine Proklamation der fürchterlichsten Anarchie. Wären die polnischen Edelleute nicht so ganz verblendet, so mußten sie einen solchen Schritt der Regierung als einen für sie verhängnißvollen scheuen und hintertreiben.

Aber eine Reorganisation Galiziens in polnischem Sinne hatte auch ihre un-  
abschließlichen Schwierigkeiten. Man denke daran, daß 1846 die Regierung sich der

Bauern gegen den insurgirten Adel bedient hat. Was sollten die Bauern, die bis dahin in der Regierung ihre letzte Zuflucht gegen den fürchterlichen Druck, unter dem sie seufzten, gesehen hatten, nun dazu denken, wenn dieselbe Regierung auf einmal die Absicht aussprach, sie diesen Herren gebunden in die Hände zu geben? Es war mit der Ehre der Regierung unverträglich, einen solchen Schritt zu thun, der aller Wahrscheinlichkeit nach zur sofortigen Folge einen Bürgerkrieg gehabt hätte. Oder sollte sie, was weit sicherer in's Werk zu setzen ihre Pflicht gewesen wäre, die agrarischen Verhältnisse nun im Augenblick der Krisis in ihre Hand nehmen und ihr letztes Auftreten durch eine Emancipation der unterdrückten Volksklassen verherrlichen? Das hätte wieder einen Aufstand des polnischen Adels herbeigeführt und die Entwicklung bedeutender Truppenmassen nöthig gemacht, in einem Augenblicke, wo Oestreich anderwärts alle Hände voll zu thun hatte. Von dem Geschrei, das augenblicklich die Polophilen angestimmt hätten, will ich gar nicht reden.

In Anbetracht dieser sich kreuzenden Schwierigkeiten hat die österreichische Regierung bis dahin der Sache zugesehn. Galizien soll sich derselben Vortheile erfreuen, welche Oestreich in den Märztagen erkämpft hat. Aber die Pressfreiheit, welche dem gebildeten Oestreicher ein so wichtiger Fortschritt in der politischen Freiheit ist, wird dem galizischen Bauer nicht viel nützen, und die Aussicht, in den österreichischen Centralständen vertreten zu sein, wird für ihn auch nicht viel Lockendes haben.

Wenden wir uns zu den preussischen Polen, so finden wir hier von Seiten der Behörden eine Reihe von Maßregeln, die aber bis dahin die Frage eben so wenig einer Lösung genähert haben. Der General v. Willisen, dem die Mission zu Theil wurde, Polen zu reorganisiren, weil er das Vertrauen der Polen genoß, ist mehr Enthusiast als Staatsmann. Er machte in seinen übrigens sehr löblichen Versuchen verschiedene Fehler. Einmal handelte er nicht im Einverständniß mit den bestehenden Behörden, und so kam es, daß an demselben Tage Proklamationen an ihn und an den kommandirenden General erschienen, die sich direct widersprachen. Das untergrub den Einfluß der Regierung vollständig und stellte ihn selber in ein zweideutiges Licht. Allerdings lag die Schuld zum Theil in der Unklarheit seiner Stellung. Sodann ließ er sich, im zu großen Vertrauen auf die polnische Nation, von dem polnischen Comité zu Schritten verleiten, deren Bedeutung er nicht übersehen konnte, und die er daher später wohl oder übel zurücknehmen mußte; ein Schwanken, welches das Mißtrauen der polnischen Bevölkerung und die unsichere Stellung der Regierung nur noch vergrößern mußte. Endlich stieß er der deutschen Bevölkerung auf eine Weise vor den Kopf, die ihren gerechten Zorn erregen mußte, und die auf ihrer Seite eine Leidenschaftlichkeit hervorrief, die der polnischen wenig nachgab.

Es sind nicht bloß die Deutschen des Großherzogthums, in denen diese Ent-

rüstung gegen Polen herrscht, es ist ganz Westpreußen, das sich durch die slavischen Tendenzen beeinträchtigt glaubt.

Ich will den Polen ihre eigenthümliche Stellung nicht zur Last legen, ich will von den einzelnen Excessen nicht reden, die in einer Zeit so ungeheurer Aufregung kaum zu vermeiden sind; aber ich will die Unwahrheit rügen, mit welcher das polnische Comité in derselben Zeit, wo es öffentlich von Freundschaftsversicherungen gegen Deutschland überströmte, den religiösen Fanatismus der blinden Masse gegen eine vermeintliche antikatholische Reaction hervorrief und zur Lüge griff, um das Volk zu seinen Zwecken auszubeuten.

Sehr spät, auf Andringen der Deutschen, faßte die Regierung den Entschluß, mit welchem sie hätte anfangen sollen. Sie erklärte, die deutschen Kreise der Provinz der polnischen Reorganisation entziehen und den Provinzen Preußen und Schlesien einverleiben zu wollen. Desto eifriger solle an der Umgestaltung der übrigen Provinz gearbeitet werden.

In diesem Augenblick ist ein solcher Entschluß nicht mehr geeignet, eine von beiden Parteien zu befriedigen. Die Polen betrachten diese Trennung als einen Raub, als einen Wortbruch der Regierung. In dem letzten haben sie so ganz Unrecht nicht, denn nach den ersten Erklärungen des General v. Willisen hatte es wenigstens den Anschein, als solle die Provinz zusammenbleiben. Die rechtlichen Gründe aber, die sie gegen die Trennung vorbringen, sind mehr als sonderbar. Sie erklären, jene Kreise seien deutsch gewesen schon zur Zeit des polnischen Reichs; sie betrachten diese Deutschen als ihre legitimen Unterthanen. Alle sonstigen Ereignisse der Geschichte gelten als Rechtsquelle, mit alleinigem Ausschluß der Zeit von 1772 an. Ein Argument, mit dem sich nur unsere sentimentalen Phantasten der Politik einverstanden erklären werden. Wenn wir auf diese Weise argumentiren wollen, so sind die Polen des Großherzogthums unsere legitimen Unterthanen. Hätte man dagegen mit jenem Schritt angefangen, und wäre dann ernstlich an eine administrative Umgestaltung des polnischen Theils gegangen, so wäre eine Wohlthat gewesen, was jetzt als Beeinträchtigung erscheint.

Aber auch die Deutschen sind mit dieser Wendung nicht mehr zufrieden. Sie fühlen sich jetzt in ihrer Kraft, sie fühlen sich als Brüder. Sie wollen auch die Deutschen in den eigentlich polnischen Kreisen — namentlich aber in der Hauptstadt — nicht mehr in die Hände der Polen geben. Sie verlangen eine Einberufung der Urversammlungen in jedem Kreise und eine Befragung derselben, ob sie deutsch bleiben, ob sie polnisch werden wollen; und sie sind überzeugt, daß die Juden und der größere Theil der polnischen Bauern sich für die preussische Regierung gegen das polnische Adelsreich erklären werden.

Es kommt noch ein mächtiger Umstand hinzu, der für ihre Ansicht spricht. Die Festung Posen ist von der Regierung mit schweren Kosten als Grenzveste gegen den Osten errichtet. Soll Preußen diese ohne Weiteres aufgeben? Es

wird alsdann eine von den zwei Möglichkeiten eintreten: entweder fangen die freigelassenen Polen ohne Weiteres einen Krieg mit den Russen an, sie werden geschlagen und Posen wird eine russische Festung, wenn sich nicht Preußen ebenfalls in einen Krieg mit Rußland einlassen wollte, der ebenso zwecklos als gefährlich wäre. Oder die panslawistischen Tendenzen, die jetzt schon von mehreren Häuptern der polnischen Partei — z. B. Herrn v. Nigolewski — mit unerhörter Frechheit laut ausgesprochen werden, gewinnen in Posen die Oberhand; es wird in Posen ohne Weiteres die russische Regierung ausgerufen und wir haben einem Feinde eine unserer wichtigsten Schutzaffen geradezu ausgeliefert.

So ist die Lage; was ist nun aber unter diesen Umständen zu thun?

Daß mit Einverleibung der deutschen Kreise trotz des Widerspruchs der Polen augenblicklich und mit der größten Energie fortgeschritten werden muß, unterliegt keinem Zweifel. Eben so darf die militärische Occupation der Provinz in Verhältnissen, die dem Kriegszustande so nahe kommen als möglich, nicht aufgegeben werden. Endlich ist ein genaues Einverständnis mit Oestreich in Beziehung auf die polnische Frage die einzige Möglichkeit einer entschiedenen Haltung in einer Zeit, wo die Fortdauer eines preussischen Staates überhaupt in Frage gestellt ist.

Wenn die deutsche Nationalversammlung zusammengetreten ist, wird Preußen mit Freuden die Last einer Verantwortlichkeit, die es allein nicht mehr zu tragen im Stande ist, auf die Schultern des Gesamt Vaterlandes wälzen.

S.